



Berlin, 14. Juni 2011

Witthaut: Anbieter sozialer Netzwerke sollen auf Konsequenzen unbedachter Bedienungsfehler oder beabsichtigten Missbrauchs deutlicher hinweisen

GdP: Kosten für eskalierende sogenannte Facebook-Partys trägt Einlader

Berlin. Initiatoren von aus dem Ruder gelaufenen sogenannten Facebook-Partys müsse klar sein, dass sämtliche Kosten von Polizei-, Feuerwehr- oder Rettungseinsätzen, über Sachbeschädigungen bis zur Müllentsorgung ihnen selbst in Rechnung gestellt würden, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, angesichts einiger Vorfälle am vergangenen Pfingstwochenende. Witthaut: „Soziale Netzwerke im Internet bieten zahlreiche Möglichkeiten, Menschen zu einem Zweck zusammenzubringen. Wer ein solches Instrument nutzt, muss sich aber auch des Risikos bewusst sein, dass durch einen unbeabsichtigten Fehler oder womöglich grob fahrlässig statt 15 alten Schulfreunden plötzlich 500 erlebnisorientierte Jugendliche vor der Tür stehen und feiern wollen. Wenn dann die Polizei beispielsweise wegen alkoholbedingter Gewaltübergriffe, Hausfriedensbruch oder Verwüstungen eingreifen muss, wird die nette Wiedersehens-Party für den Einlader schnell zum finanziellen Trauerspiel.“

Witthaut mahnte die Anbieter sozialer Netzwerke, auf die Konsequenzen unbedachter Bedienungsfehler oder beabsichtigten Missbrauchs deutlicher hinzuweisen. Es könne kaum im Interesse der Anbieter sein, häufiger im Zusammenhang mit Gewaltvorfällen, Vandalismus und Alkoholexzessen genannt zu werden. Der GdP-Vorsitzende: „Eskalierende Social-Network-Partys führen bei der Polizei zu völlig unnötiger Zusatzbelastung.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190